

von Edgar Einemann

Nachdem die unabhängige Linke zunächst die „Krise des Marxismus“ (1) und dann den „Abschied vom Proletariat“ (2) diskutiert hat, ziehen die intellektuellen Vertreter der SPD-Linken nach: die Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) und die Juso-Hochschulgruppen haben ihre Theorie-Zeitschriften gemeinsam unter dem Titel „Abschied vom Sozialismus“ (3) herausgegeben, ihn jedoch mit einem Fragezeichen versehen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hauchler (4) hat herausgearbeitet, daß die in zwei Büchern vorgestellten Überlegungen des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz (5) und des SPD-Linken Peter von Oertzen (6) in der Tat auf diesen Abschied hinauslaufen. Aber auch in der Organisation ist von Oertzens Parole vom „Minimalkonsens“ angesagt: der von der „marxistischen Juso-Linken“ über ihre Mehrheit im Juso-Bundesvorstand in die SPD-Wirtschaftskommission entsandte Michael Wendt kritisiert (wohl aus eigener Erfahrung) die mit allzu anspruchsvollen linken Konzepten verbundene „politische Selbstghettoisierung“ der Linken, fordert die Herstellung eines Konsenses bereits vor der „politischen Machtergreifung“ und findet die praktische Arbeit für diesen Minimalkonsens „zusammen mit Peter u.a.“ „allemaal politischer“ als die Diskussion weiterreichender Konzepte (7). Gibt es in der SPD eine neue Einigkeit von Peter Glotz bis zu „marxistischen“ Jusos, wobei die einen den Sozialismus als nicht nötig, die anderen als nicht möglich abtun?

Trotz alledem gibt es bei Teilen der SPD-Linken ein entschlossenes Festhalten an über den Kapitalismus hinausweisenden Konzeptionen und ein erhebliches Diskussionsbedürfnis – das signalisiert z.B. das Interesse von über 700 angemeldeten Teilnehmern an einem von den undogmatischen Jungsozialisten veranstalteten Kongreß zum Thema „sozialistische Perspektiven“. Der vorgelegte „Neue programmatische Impuls“ (8) kann zusammen mit dem Juso-Grundsatzprogramm von 1981 (9) und zwei Anträgen zum Juso-Bundeskongreß 1984 (10) als sozialistisches Kernkonzept gelten, das den Hintergrund für Beschlüsse und Stellungnahmen der Jungsozialisten z.B. zur Wirtschaftspolitik der GRÜNEN (11) und der „Ehrenberg-Kommission“ des SPD-Parteivorstandes (12) darstellt. Was unterscheidet diese Konzeption von „Sozialismus“ von dem von Peter von Oertzen vertretenen „neuen Reformismus“ und der Position von Peter Glotz?

Peter von Oertzens „neuer Reformismus“: Sozialismus ist nötig, aber nicht möglich

Peter von Oertzen („Für einen neuen Reformismus“, Hamburg 1984) weist mehrfach darauf, daß die Analyse der tieferliegenden Ursachen der gesellschaftlichen Krisentendenzen und die erforderlichen Lösungsschritte die Notwendigkeit einer Politik begründen, die über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweist. Er sieht „die Überwindung des Kapitalismus“ als eine „notwendige Bedingung“ der Problemlösung (153), weil vernünftige Perspektiven „offensichtlich mit dem herrschenden Wirtschaftssystem ... nicht mehr vereinbar“ (156) sind und betont die „objektive Notwendigkeit“ einer „sozialistischen Alternative“ (151). Folgerichtig fordert von Oertzen „die Veränderung der ökonomischen Grundstrukturen des Kapitalismus (weitreichende Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, demokratische Planwirtschaft, umfassende Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft)“ (31) und stellt fest: „der Kern der sozialistischen Lösung wäre die öffentliche demokratische Kontrolle, ja teilweise Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft“ (62). Das bedeutet in der Tat, „über die Bedingungen und Möglichkeiten der reformerischen Veränderung des Kapitalismus nachzudenken und nicht mehr nur über Reformen im Kapitalismus“ (144).

Grenzen des Reformismus

Darüber hinaus benennt von Oertzen zwei zentrale Gefahren für einen zu kurz greifenden Reformismus: zum einen besteht die Gefahr, daß „das Ziel einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaftsordnung gänzlich oder teilweise außer Sicht geraten (kann); und das ist in der Tat das historische Schicksal des Reformismus bis auf den heutigen Tag gewesen“ (146). Zum anderen haben der Verzicht auf die Aufklärung und die Mobilisierung der Massen sowie die Stabilisierung gesellschaftlicher Machtpositionen auch im ökonomischen Bereich zu Niederlagen geführt: „die ausschließliche Orientierung der reformistischen Strategie auf parlamentarische Mehrheiten und die Kontrolle des Staatsapparates würde unvermeidlicherweise ihr Scheitern bedeuten“ (160). Dieses

Scheitern ist auch für die „sozialliberale Politik der Reformen“ (144) zu konstatieren.

Der unmögliche Sozialismus

Dennoch ist der Politiker und „reale Sozialdemokrat“ von Oertzen bemüht, darzulegen, warum die Durchsetzung der Reform des Kapitalismus und des notwendigen Sozialismus nicht das zentrale Ziel von Sozialisten sein kann. Ganz im Stile von Kautsky („die SPD ist eine revolutionäre, aber keine revolutionäremachende Partei“) erklärt von Oertzen die von ihm selbst herausgearbeiteten Kernelemente einer sozialistischen Strategie für zwar „im Prinzip richtig, sie sind aber zu allgemein, von der konkreten Situation, von den konkreten Bedürfnissen und von der konkreten Erfahrung der sozialen Bewegung – der alten und der neuen – zu weit entfernt, als daß sich in ihrem Zeichen eine reformerischen Mehrheit mobilisieren ließe“ (163/164).

Nun ließe sich die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien z.B. über die Parole „Enteignet Flick“ leicht konkretisieren – der Haupteinwand scheint aber auf der Ebene „nicht mehrheitsfähig“ und „nicht durchsetzbar“ zu liegen. Hier deutet sich das Dilemma bereits an: Das Notwendige ist nicht mehr mehrheitsfähig und das Mehrheitsfähige ist nicht ausreichend. Für die Unmöglichkeit des Sozialismus führt von Oertzen eine Reihe von Gründen an:

Sozialstruktur und Bewußtsein der Mehrheit

Die Lebenssituation und das Bewußtsein der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und die Veränderung der Sozialstruktur (Angestellte und Beamte stellen die Mehrheit der abhängig Beschäftigten; die Mehrheit der Arbeitnehmer arbeitet in kleineren Betrieben, wohnt in ländlichen Regionen und ist gewerkschaftlich nicht organisiert; das steigende Qualifikationsniveau und die Situation der technischen Kader führen nicht zu einer Politisierung) verbieten für Peter von Oertzen „Illusionen über die gesellschaftliche Reichweite einer traditionell klassenkämpferischen sozialistischen Arbeiterpolitik ... die Verfechter einer solchen orientieren sich an städtischen, mittel- und großbetrieblichen

SPD

Moderner Kapitalismus

Facharbeiter- und Angestelltenkadem; diese aber sind Minderheiten – und zwar strukturelle Minderheiten“ (150).

Charakter der Sozialdemokratie

Die Integration der Arbeiterbewegung in das bestehende System im Rahmen eines „asymmetrischen Klassenkompromisses“ (21) prägt auch den Charakter der Sozialdemokratie als der relevantesten politischen Reformkraft. Die Partei ist nicht sozialistisch und nur das Prinzip Hoffnung ermutigt zum Vertrauen darauf, daß sie wenigstens die mit 1:10 zu veranschlagende Chance nutzt, eine Partei der konsequenten Reformen zu werden. „Die SPD ist keine sozialistische Partei, d.h. sie ist keine Partei, die die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine qualitativ völlig andere, die sozialistische Gesellschaftsordnung erstrebte... Es gibt natürlich etliche Sozialisten in der SPD; aber sie sollten wissen, daß es unmöglich ist, mit der SPD sozialistische Politik im strikten Sinne zu machen“ (129, vgl. 145, 170).

Weltmarktkonkurrenz und Rationalisierungszwang

„Die bundesrepublikanische Volkswirtschaft ... ist mehr als eine andere von der erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt abhängig. Weltmarkt, Internationalisierungs- und Bankensystem und die Verflechtung des internationalen Kapitals setzen ganz allgemein jedem nationalen Alleingang in der Wirtschaftspolitik engste Grenzen. Die ökonomische, politische und rechtliche Bindung der Bundesrepublik an die EG engen diese Grenzen noch einmal zusätzlich ein“ (160/161). Bei aller Mitbestimmung der Arbeitnehmer erfordert der Erhalt oder die Verbesserung der Position in der Weltmarktkonkurrenz die „Modernisierung“ der Volkswirtschaft und die Rationalisierung der Betriebe und Verwaltungen: „Wir müssen daher riesige Anstrengungen unternehmen, um unsere Wirtschaft zu modernisieren, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder gar zu steigern“ (164). „Technisierung und Rationalisierung sind dafür unentbehrlich“ (126). Das bedeutet im Klartext: Wir müssen nicht die Macht des Kapitals abschaffen, sondern „unsere Wirtschaft“ rationalisieren!

Nato-Einbindung gegen den Stalinismus

In Osteuropa sieht von Oertzen die „autoritäre Herrschaft einer erstarrten, reformunfähigen, friedensgefährdenden Bürokratenkaste“ (101) mit möglichen Expansionsgelüsten in Richtung Bundesrepublik, so daß eine ausreichende eigene Rüstung notwendig ist (163). Deshalb bleibt politisch trotz aller Kritik des Imperialismus der USA (100) nur die ohnehin nicht änderbare West- und Nato-Einbindung. „Die USA und die Bundesrepublik sind durch die gemeinsamen Traditionen und Werte der Menschenrechte, des Rechtsstaates und der pluralistischen Demokratie miteinander verbunden“ (116); „Unabhängigkeit und Sicherheit Westeuropas werden – wenn überhaupt – von der UdSSR bedroht und nicht von den USA“ (99). Forderungen wie die nach einem atomfreien Europa, der einseitigen Abrüstung der Nato, dem Austritt der Bundesrepublik aus der Nato oder der Verringerung bzw. Abschaffung der Bundeswehr sind nicht zu erreichen, „weil es dafür weder eine psychologische noch eine politische Mehrheit gibt und auf absehbare Zeit auch nicht geben wird“ und weil die Bundesrepublik mit einer solchen Politik in Westeuropa „auch unter den Linken ganz allein stünde“; außerdem gilt auch im militärischen Bereich: „Ein sicherheitspolitischer Alleingang der Bundesrepublik ist unmöglich“ (161/162).

Keine Mehrheiten, keine Möglichkeiten

Von Oertzen selbst formuliert das aus seiner Analyse folgende Problem: „Im schroffen Gegensatz zu diesen ökonomisch und politisch sehr begrenzten Möglichkeiten einer sozialistischen Alternative steht ihre objektive Notwendigkeit“ (151). Auch die Reformmöglichkeiten jenseits der „Systemzwelle“ hält von Oertzen für äußerst eingeschränkt: So wird es „in Zukunft nur noch in Grenzen möglich sein, die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur durch abwechselndes Drosseln und Ausweiten öffentlicher Ausgaben wirksam zu dämpfen und für die Lösung sozialer oder politischer Probleme einen Teil des wachsenden Wohlstandes abzuzweigen und in Gestalt öffentlicher Leistungen neu zu verteilen“ (68). Aber nicht nur Globalsteuerung und Sozialstaat, son-

dern auch „die klassischen Modelle links-keynesianischer Krisenbekämpfung (erweisen sich) als nur noch begrenzt wirksam“ (157). In der Konsequenz erscheint dann der schon als gescheitert klassifizierte sozial-liberale Ansatz, der „gemischten Wirtschaft“ zwischen Monetarismus und Keynesianismus, der auch der Standpunkt der SPD sei, als der einzig realistische: Die Vertreter dieses Ansatzes „betrachten aber die Abschaffung des Kapitalismus als nicht erforderlich; sie halten vielmehr seine Ergänzung und Korrektur durch staatliche Politik sowohl für nötig als auch für möglich und ausreichend. (Dies ist auch der Standpunkt, den die SPD ... eingenommen hat). Diese Analyse ist durch die praktische Politik fast aller 'westlichen' Nationen nach dem Kriege mehr oder weniger bestätigt worden“ (46). Abgesehen davon, daß von Oertzen an anderer Stelle den Sozialismus als nötig empfohlen und die staatlichen Reformchancen als äußerst begrenzt eingeschätzt hat, heißt das im Klartext: Kapitalistische Macht und Herrschaft, Krisen und Arbeitslosigkeit, Nato-Einbindung, Hochrüstung und einschneidende Rationalisierungen können und sollen nicht wirksam bekämpft werden, und an einen Ausbau sozialer Leistungen ist nicht zu denken. Was bleibt, ist die unzureichende, aber scheinbar einzige realistische Politik der Unternehmerförderung bei begrenzter sozialer Abfederung der negativen Folgen der kapitalistischen Form des Wirtschaftens. Und in genau diesem Rahmen werden bewußt die Vorschläge formuliert, die Peter von Oertzen zu einem politisch-ökonomischen Minimalkonsens zusammengefaßt hat.

Politisch-ökonomischer Minimalkonsens

Hierzu werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die in der Tat von einer breiten gesellschaftlichen Strömung gemeinsam getragen werden könnten (164-168). Dazu gehören die Stabilisierung der Massenkaufkraft, eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Ermittlung und Beeinflussung der Investitionspolitik (u.a. Einrichtung von Meldestellen), der Ausbau der Mitbestimmung, der Aufbau von Arbeitnehmerfonds und eines Sondervermögens 'Arbeit und Umwelt', die Erarbeitung von Rahmenplänen (zunächst verstanden als

Reihe von Informations- und Sammelprojekten), die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft und die Formulierung eines Energiewirtschaftsplanes, eine neue Wohnungsbau- und Bodenpolitik sowie Maßnahmen zur Verhinderung weiterer und Beseitigung vorhandener Umweltzerstörungen. Im Rüstungsbereich fordert von Oertzen „eine modern ausgerüstete und vom Vertrauen des Volkes getragene Bundeswehr“ (112) im Interesse einer „ausreichenden konventionellen Verteidigung mit strikt defensiver Ausrichtung“ (163). Zur Durchsetzung dieser Ziele sollen sich alte und neue soziale Bewegungen verbünden (159) und Grüne/Alternative und SPD zusammenarbeiten (141). Von Oertzen hat eine klare Einschätzung der Reichweite seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorschläge: Er betont, „daß ein solches Programm, auch wenn es verwirklicht werde, die Grenze des Kapitalismus noch nicht überschreiten würde. Die internationale Abhängigkeit bleibt bestehen, die Abhängigkeit vom Akkumulationsprozeß, vom Investitionsverhalten der Unternehmungen bleibt bestehen, die Krisenhaftigkeit des Gesamtsystems bleibt bestehen“ (169).

Peter Glotz: Zuspitzung auf den modernen Kapitalismus

Peter Glotz („Die Arbeit der Zuspitzung“ Berlin 1984) spart sich die Erläuterung der Notwendigkeit der Reform des Kapitalismus, geht gleich zur knochentrockenen Bestimmung dessen über, was er für die Realität hält und gelangt am Ende zu Ergebnissen, die sich bis in die Einzelheiten

oder Sozialismus?

mit den Vorschlägen von Oertzens decken. So formuliert Glotz ohne Umschweife: „Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert und daß sie eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betreibt“ (33). Im wirtschaftspolitischen Bereich ist die einzig denkbare Alternative „...eine marktwirtschaftlich orientierte Politik der Mitbestimmung und des Mitbesitzes“ (32, vgl. 33,159). Die Grenzen des Keynesianismus (108, 115) und der nationalen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten insgesamt (150) lassen keinen Abbau der Arbeitslosigkeit erwarten; was bleibt, ist die entschlossene Förderung der Modernisierung der Wirtschaft (119, 126), um „die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten“ (140) – „wir brauchen unternehmerisches Denken“ (158) statt Vergesellschaftungsdebatten: „mein Rat lautet: Fangen wir diese Auseinandersetzung in Deutschland nicht an“ (124). Auch für Peter Glotz gibt es zwei zentrale machtpolitische Faktoren für die Unmöglichkeit der Durchsetzung einer sozialistischen Politik, die auch eine einseitige Abrüstung, den Nato-Austritt oder eine Neutralisierung Deutschlands beinhalten könnte. Einerseits sind solche Forderungen nicht mehrheitsfähig (76,122). Andererseits gibt es eine nur begrenzte Souveränität und relevante amerikanische (imperialistische) Interessen, gegen die es keine Chancen gibt: „Wir gehen sogar davon aus, daß es für die große amerikanische Nation keine vernünftige Politik wäre, in Grenada zu intervenieren und Deutschland aufzugeben“ (101). „Wie vermeidet man chilenische Verhältnisse? Warum zum Teufel stellt sich diese Frage allein Enrico Berlinguer?“ (122). Am Ende bleibt bei allen auch von Glotz formulierten Ansprüchen, z.B. mehr als nur soziales Abfedern durchzusetzen (125, 136), nur die politischen Hinweise darauf, „eine rein konventionelle, defensive Rüstung der Nato ... im Bündnis mehrheitsfähig zu machen“ (92) – und wenn die Mehrheit und die USA nicht wollen? – und wirtschaftspolitische Minimalforderungen aufzustellen. Dabei geht es Glotz (155-160) um Arbeitszeitverkürzungen, mehr Selbstorganisation im Sozialbereich, verbesserten Umweltschutz, mehr Mitbestimmung und Arbeitnehmerfonds, die Förderung von Kooperativen, die Verstärkung des Risikokapitals und die steuerliche Diskriminierung von Finanzanlagen (134/135), aber auch um „eine realistische Lohnpolitik der Gewerkschaften“ (151). Der moderne Kapitalismus zum Nutzen aller ist das Ziel – „Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen neue Methoden der Kooperation erproben...“ (132). Nun spricht nichts gegen den Versuch, auf der Basis eines „Minimalkonsenses“ Mehrheiten für eine konkrete Reformpolitik zu organisieren –

Sozialisten muß es aber um die Bestimmung von gesellschaftspolitischen Perspektiven gehen, die die vom Kapitalismus gesetzten Grenzen im Interesse der Menschheit überschreiten, das absehbare Scheitern einer zu kurz greifenden Reformpolitik herausarbeiten und konkrete politische Konzepte zur Gesellschaftsveränderung bieten. In dieser Tradition steht der Bundesverband der Jungsozialisten spätestens seit dem „Strategiekongreß“ von 1971; er hat zumindest seit 1980 wenig beachtete vorwärtsweisende Positionen erarbeitet.

Festhalten an sozialistischen Positionen

Zunächst ist es notwendig, sich mit einigen zentralen „pragmatischen“ Argumenten aus der SPD-Führung auseinanderzusetzen, die zur Begründung der Unmöglichkeit des Sozialismus angeführt werden.

Fehlende Mehrheiten?

Die Behauptung fehlender Mehrheiten für eine sozialistische und einer auf einseitige Abrüstungsschritte ausgerichteten Politik ist in vielfacher Hinsicht problematisch. Zum einen ist es gerade die Aufgabe einer fortschrittlichen Partei, die immer von Minderheiten formulierten konsequentesten Positionen zur politischen Konzeption weiter zu entwickeln und dabei zusammenzufassen, sowie zu versuchen, für diese Forderungen Mehrheiten zu gewinnen; die Hinnahme des jeweiligen entpolitisierten Massenbewußtseins als gegebenen Ausgangspunkt für Politik blockiert nahezu die Veränderungsperspektive. Die Kernfrage ist, ob sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die vorsichtigen Verwalter der Arbeiterbewegung verstehen, deren Passivität als Positiv für die eigenen Aufstiegs- und Führungsmöglichkeiten betrachtet wird, oder ob aktiv an der Entwicklung der politischen Kultur, an der politischen Bildung von Kadern und Massen und an der Mobilisierung von Betroffenen gearbeitet wird. Anstatt der Bejammern der fehlenden Mehrheiten müßten SPD und Gewerkschaften als erstes die vorhandenen Möglichkeiten der langfri-

stig angelegten politischen Bildung ihrer Funktionäre und Sympathisanten umfassend ausschöpfen und dabei zugleich Multiplikatoren für die dezentrale Breitenbildung ausbilden, so daß Prozesse der Bewußtseinsbildung initiiert und stabilisiert werden könnten – das Verkünden der jeweiligen „Linie“ durch die Führung über die öffentlichen Medien greift in der Tat viel zu kurz. Forderungen wie z.B. die nach der Enteignung von Flick oder Springer oder dem Einfrieren des Rüstungsetats müßten erst einmal breit in die Diskussion gebracht werden, anstatt sie vorschnell unter Hinweis auf das fehlende Verständnis der Massen abzutun.

Amerikanische Machtinteressen?

Das Argument der amerikanischen Machtinteressen ist natürlich äußerst ernst zu nehmen – schließlich haben die Besatzungsmächte schon in der Nachkriegszeit demonstriert, daß sie auch durch Mehrheiten in Volksabstimmungen geforderte Vergesellschaftungen wirksam unterbinden konnten.

Die Jungsozialisten haben auch unter diesem Gesichtspunkt eine Konzentration ihrer Vergesellschaftungsforderungen auf deutsche Unternehmungen unter Ausschluß des ausländischen Kapitals beschlossen. Darüberhinaus sehen sie in der Kopie östlicher Gesellschaftssysteme oder in einem Blockwechsel keine Perspektive, sodaß sich die „Bedrohung“ für „den Westen“ in Grenzen halten würde. Außerdem ist eine Industrienation wie die Bundesrepublik nicht vergleichbar mit Grenada, Vietnam oder Chile – weder eine militärische Intervention noch die Installation einer Militärdiktatur sind unkompliziert und den Amerikanern auch nicht unbedingt zu unterstellen. „Sozialistische Experimente“ waren z.B. in England und in Frankreich möglich; die Behauptung ihrer Unmöglichkeit in der Bundesrepublik ist demoralisierend und perspektivlos und ignoriert darüber hinaus die Möglichkeit von Veränderungen in den Vereinigten Staaten selber.

Exportabhängigkeit?

Der Hinweis auf die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik und die Weltmarktkonkurrenzfähigkeit sowie die internationalen Kapitalverflechtungen dient den einen zur Begründung von Modernisierung und Rationalisierung, den anderen auch zur Verhinderung gesellschaftlicher Kontrolle und jeglicher Unternehmensbelastungen z.B. durch Arbeitszeitverkürzungen. Peter von Oertzens Betonung der Unmöglichkeit des „Sozialismus in einem Lande“ im allgemeinen und in der Bundesrepublik im besonderen (151) verdunkelt aber leider mehr als sie erhellt. Natürlich ist eine optimale Realisierung sozialistischer Gesell-

schaftsstrukturen am besten im westeuropäischen Gleichklang zu realisieren; aber die Probleme in anderen Ländern können vor allem deshalb nicht als Begründung für eigenes Nichtstun herhalten, weil auch ein solcher Gleichklang die Durchsetzung sozialistischer Elemente in den einzelnen Nationen zur Voraussetzung hat. Und nach einer sozialistischen Wende z.B. in England und der Bundesrepublik wäre die Ausgangslage schlagartig eine völlig andere.

Natürlich wird sich eine sozialistische Bundesrepublik nicht von allen Außenmärkten verabschieden können: Zur Versorgung der Bevölkerung erforderliche Rohstoffe werden weiterhin importiert und im Austausch andere Produkte exportiert werden müssen. Das muß ein Argument für eine qualitativ definierte Außenwirtschaftspolitik sein, kann aber keine Begründung für eine Exportproduktion um jeden Preis ohne Rücksicht auf die Natur und die Menschen abgeben. Viele vernünftige Überlegungen lassen die weitgehende Tabuisierung der Diskussion der Exportpolitik (der alle mehr oder weniger bewußt eine große Bedeutung für das Beschäftigungsniveau und den Lebensstandard zuweisen) als unbegründet erscheinen.

– Die genaue Betrachtung der Güterströme ergibt den verbreiteten Austausch gleicher Produkte; bei zunächst festgeschriebenen Produktionsquoten (wie z.B. in der Stahlindustrie) zumindest für den „Binnenmarkt Westeuropa“ könnten Importe und Exporte in vielen Bereichen theoretisch parallel stark zurückgehen, ohne daß es zu Wohlstands- und Arbeitsplatzverlust kommen würde.

– Insgesamt sind nur bestimmte Unternehmen in einzelnen Branchen über die nationalen Grenzen hinaus orientiert. Die Zahl dieser Betriebe, die Exportquoten und -überschüsse sind in den meisten Ländern deutlich geringer, ohne daß die Lebensbedingungen der Menschen bedroht sind. Deshalb müssen sowohl der Verzicht auf ökologisch unverträgliche Produktionen wie auch die Schaffung humaner Arbeitsbedingungen möglich sein.

– Es ist immer wieder deutlich geworden, daß die Exportchancen weniger von der Lohnhöhe und den Lohnstückkosten als vielmehr von dem durch finanzielle Transaktionen bzw. Spekulationen und politische Entscheidungen geprägten Wechselkursbeeinflussungen und eine protektionistische Politik der Abschottung der eigenen Märkte sind zunehmende politischen Aktivitäten zur Sicherung der Lebensbedingungen in den weniger entwickelten (d.h. durchrationalisierten) Ländern entgegenzusetzen; sie bilden zugleich neben der „Konkurrenzfähigkeit“ zentrale Erklärungsmuster für Veränderungen in der Weltmarkt konkurrenz-

renz selber. Für die Bundesrepublik ohnehin zu erwartende Exporteinbußen müssen nicht zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit und verschlechterten Lebensbedingungen führen. Gewisse „Verluste“ sind allerdings politisch unumgänglich, wenn eine solidarische Beseitigung der Probleme der weniger entwickelten Nationen in Angriff genommen und eine neue Weltwirtschaftsordnung etabliert werden soll.

– Zur Versorgung mit den erforderlichen Rohstoffen (deren Verbrauch z.B. durch energische Energiesparprogramme, Recycling und reduzierte Exporte verringert werden könnte) sind Warenhandelsabkommen, insbesondere mit Ländern der Dritten Welt, sowie der Aufbau öffentlicher Handelskonzerne erforderlich; dabei könnten sowohl multinationale Konzerne (wie z.B. im Ölsektor) ausgeschaltet (d.h. ihre Profite und ihre Machtbasis zugunsten der Bevölkerung „umverteilt“ werden) als auch über konkrete Technologien und Produkte zur Verbesserung der Lebenssituation in den weniger weit entwickelten Ländern verhandelt werden.

– Zur Verhinderung von Kapitalflucht und Währungsspekulation sind Kapitalverkehrskontrollen vorzunehmen, deren Wirksamkeit nur durch die aktive Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten und die Vergesellschaftung der Banken und Kreditinstitute zu garantieren ist. Im folgenden sollen einige weitere durch Mobilisierung, politische Bildung von Mehrheiten und klare Außenwirtschaftspolitik abzuschärfende Kernelemente einer sozialistischen Strategie vorgestellt werden.

Kernelemente sozialistischer Politik

Arbeitszeitverkürzung

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft, zur Humanisierung der Arbeit und zur Durchsetzung gleicher Bedingungen für Mann und Frau ist eine drastische Verkürzung vor allem der wöchentlichen Arbeitszeit unverzichtbar. Auch wenn die abgelaufenen Tarifrunden die 40- bzw. 38,5-Stunden-Woche auf Jahre festgeschrieben haben, wäre angesichts des raschen technologischen Wandels eher der 6-Stunden-Arbeitstag und die 30-Stunden-Woche zu fordern als die 35-Stunden-Woche. Wichtig ist allerdings, daß mit Arbeitszeitverkürzungen (mit Überstundenbegrenzungen, Lohnausgleich und kontrollierten Leistungsbedingungen) auch dezentrale Angebote der betriebsbezogenen oder kommunalen Kultur- und Weiterbildung einhergehen und z.B. Stadtteilwerkstätten zur aktiven Freizeitbetätigung zur Verfügung gestellt werden.

Mindesteinkommen

Die zunehmende „neue Armut“ ins-

besondere bei Sozialhilfeempfängern und Kleinstrentnern kann nicht hingenommen werden und erfordert die gesellschaftliche Garantie einer Mindestrente und eines Mindestsatzes an Unterstützung z.B. in Höhe von 1.000 DM pro Monat. Auch für Beschäftigte müßten Mindesteinkommen definiert werden. Konzepte einer Mindestabsicherung für alle, die je nach Bedarf durch Lohn für Arbeit aufgebessert werden kann, entsprechen auf absehbare Zeit nicht den gesellschaftlichen Möglichkeiten: Falls niemand Lust zur Arbeit hätte, gäbe es keine Quelle für das „garantierte“ Einkommen von Millionen von Menschen.

Gebrauchwert- und Bedarfsorientierung für Humanität und Ökologie

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muß nach neuen Zielgrößen ausgerichtet werden, wobei z.B. die Entscheidung über schrumpfende und expandierende Bereiche eine politisch-bewußte ist. So sollte z.B. ein Wachstumsziel für den Sektor der dezentralen Energieversorgung auf der Basis möglichst regenerativer Quellen definiert und der Ausstieg aus der Atomtechnologie durchgesetzt werden. Eine solche Politik des selektiven Wachstums hat sich an einer gesellschaftlichen statt einer bloß betriebswirtschaftlichen Wertrechnung zu orientieren; dann wird sich z.B. der Aufbau öffentlicher Transportmittel als angenehmer, kostengünstiger und ökologisch erträglicher erweisen als die Idealisierung von Auto und LKW mit der Folge der Stadt- und Umweltzerstörung. Technologien und Produkte müssen auf ihre menschliche und ökologische Verträglichkeit hin überprüft und entweder abgelehnt, verändert oder so gefördert werden, daß menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen und eine gesunde Umwelt und Natur garantiert sind.

Für den betrieblichen Bereich bedeutet dies u.a. die Festschreibung von Mindestnormen bei den Arbeitsbedingungen, die alternative Gestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation, die Ausstattung von Vertrauensleuten für Arbeitssicherheit mit dem Recht auf Produktionsunterbrechnungen und von Arbeitnehmern mit einem Arbeitsverweigerungsrecht bei der Arbeit mit ungeprüften Schadstoffen, den Einsatz von Technologie-Vertrauensleuten, und die Verankerung von Veto-Rechten der Betriebsräte bei der Einführung neuer Systeme. Für den ökologischen Bereich sind wichtige Schritte u.a. das Verbot bzw. die Veränderung vorhandener (z.B. krebserregender) Produkte und Produktionen, die Umweltsanierung durch Heranziehen der Verursacher der Schäden sowie einen von der Industrie finanzierten Fond, die schrittweise Überprüfung aller verwendeten chemischen Substanzen

und von Schadstoffkombinationen sowie die Zulassung neuer Substanzen erst nach gründlichen staatlichen Überprüfungen, den Ausstieg aus der Kernenergie, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz des Bodens, des Waldes, der Luft sowie der Gewässer und des Grundwassers, eine Verringerung der entstehenden Abfälle sowie deren weitestgehende Aufarbeitung zur erneuten Nutzung und die Verringerung der Lärmbelastung.

Beschäftigungsprogramme

Zur Befriedigung des vorhandenen großen sozialen und ökologischen Bedarfs ist ein mit mehreren hundert Milliarden Mark ausgestattetes und auf 10 Jahre angelegtes öffentliches Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Damit besteht auch die Chance der regionalen und sektoralen Strukturpolitik: Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffene Regionen können bevorzugt behandelt und die Umstrukturierung der Produktion besonders gefördert werden. Aktivitäten für eine alternative Kommunal- bzw. Regionalpolitik könnten sich mit Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion oder mit Belegschaftskooperativen verbinden und so zur konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Wohnungssanierung, Umweltverbesserung und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs müßten im Mittelpunkt solcher Investitionsprogramme stehen.

Rüstungskonversion

Mit einer wirksamen Politik der Abrüstung, die auch einseitig in Angriff genommen werden muß, und einem Einfrieren bzw. schrittweisen Verringern des Rüstungsetats stellt sich für die in der Rüstungsproduktion Beschäftigten die Frage nach der Umstellung der Produktion auf die Herstellung sozial nützlicher Güter. Die vorhandenen Belegschaftsinitiativen müssen unterstützt und öffentliche Gelder für eine Umstellung der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Von der technologischen Seite her ist es in den Produktionszentren kein Problem, zur Verbesserung der menschlichen Lebensbe-

dingungen auch in den nicht entwickelten Ländern beizutragen anstatt die Zerstörungsmaschinerie zu perfektionieren. Darüberhinaus ist als erster Schritt eine qualitative „Umrüstung“ der Bundeswehr auf rein defensive Möglichkeiten und einer strukturellen „Nichtangriffsfähigkeit“ hin vorzunehmen.

Umverteilung der Einkommen und Vermögen

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen muß auf die Profite der Unternehmen sowie die Einkommen und Vermögen der Reichen zurückgegriffen werden, anstatt diese Gruppen durch die Erhöhung der Staatsschulden und steuerliche Privilegien noch reicher zu machen. Wichtige Maßnahmen wären die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Quellensteuer auf Kapitalerträge, die Festlegung eines monatlichen Höchst Einkommens von z.B. 10.000 DM, die Erhebung einer Bodenwertzuwachssteuer, die Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeiten und Steuervergünstigungen für hohe Einkommen sowie das Eintreiben von Steuerrückständen mit Zinsen. Auf der Ausgabenseite könnten z.B. durch die Streichung des Kindergeldes etwa für monatliche Einkommen von über 5.000 DM Mittel zugunsten der wirklich Bedürftigen frei werden. Darüber hinaus werden durch die Umlenkung von Milliardenbeträgen aus dem Rüstungsetat, dem Atomprogramm und der Arbeitslosenunterstützung erhebliche Möglichkeiten zur Ausweitung von Beschäftigung und Bedarfsbefriedigung eröffnet.

Investitionslenkung und Rahmenplanung

Zur Absicherung von Prognosen sind dezentrale und zentrale Investitionsmeldestellen einzurichten, die zugleich die Grundlagen für eine wirkungsvolle Investitionslenkung schaffen. Dabei geht es darum, z.B. absehbare Überkapazitäten oder unerwünschte Produktionen zu vermeiden und sinnvolle und gewünschte Investitionen zu fördern

Grün-rote
Bündnispolitik –
eine Chance?

und auszuweiten. Die gesellschaftliche Investitions- und Entwicklungsplanung soll den Charakter einer nicht nur unverbindlichen Projektion, sondern einer durch vor allem indirekte (Kredit-, Steuer- und Preispolitik), aber auch direkte Lenkungsmöglichkeiten (Investitionsge- und -verbote) durchzusetzende Zielvorgabe enthalten. Die osteuropäischen Planungserfahrungen, die programmatischen Vorstellungen u.a. der polnischen Gewerkschaft Solidarität und die ungarischen Reformkonzepte empfehlen keine

„demokratischer Planung“ unterstreicht, daß paritätisch besetzte regional, sektorale und zentrale Wirtschafts- und Sozialräte für die Vorlage von Planungskonzepten verantwortlich sein und diese letztlich vom Parlament verabschiedet werden sollen. Die Ausweitung der betrieblichen Mit- und Selbstbestimmung sowie der gewerkschaftlichen Rechte macht zusätzlich die bloße Exekution von zentralen Planungsdaten als „Diktatur über die Bedürfnisse“ unmöglich.

Mehr Mit- und Selbstbestimmung, mehr Demokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Abbau von Herrschaft, Bürokratie und Bevormundung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen voranzutreiben. Strukturen der direkten Demokratie und der Selbstbestimmung sowie Rätestrukturen sind soweit wie möglich auszubauen, auch eine Dezentralisierung der Produktion und die Bildung von selbstbestimmten Kooperativen ist zu fördern. Die Mitbestimmung der Beschäftigten auf allen Ebenen, d.h. am Arbeitsplatz, in Betrieben und Konzernen, Aufsichtsräten und Vorständen sowie in den Branchen, den Regionen und der Gesamtwirtschaft auszubauen.

Eigengesellschaften und Vergesellschaftungen

Zur Durchsetzung einer an den menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen orientierten Gesamtwirtschaft ist eine Überwindung des Profitmotivs als zentraler Motor der Entwicklung erforderlich. Die angestrebten Veränderungen werden nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und nur dann durchzusetzen sein, wenn die machtmäßigen und ökonomischen Voraussetzungen für eine alternative Steuerung der Wirtschaft vorhanden sind. Nur ein ausreichend großer öffentlicher Sektor (Mindestschwelle der Vergesellschaftung) und der Verlust der mit der wirtschaftlichen verbundenen politischen Macht des Großkapitals ermöglichen die angestrebten Veränderungen. Dazu sind zunächst die vorhandenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen zusammenzufassen und koordiniert einzusetzen. Darüber hinaus ist die Vergesellschaftung der jeweils strukturbestimmenden Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie (Umstrukturierung/politische Macht), der Pharmaindustrie (kostengünstige medizinische Versorgung), des Energiesektors (bedarfsgerechte ökologische Energiepolitik) sowie der Banken und Versicherungen (außenwirtschaftliche Absicherung, Finanzierung) vorrangig. Ein steuerungs-fähiger öffentlicher Sektor entsteht mit der weiteren Vergesellschaftung der chemischen Industrie, des Fahrzeugbaus, der Elek-

troindustrie und weiterer Metall- und Rüstungsunternehmen. Zur Abrundung eines funktionsfähigen öffentlichen Bereichs wird darüber hinaus von den Jungsozialisten (Grundsatzprogramm von 1981) die Vergesellschaftung einzelner Unternehmen des Bauwesens, der Konsumgüterindustrie, des Handels sowie des Transport- und Verlagswesens vorgeschlagen, so daß insgesamt ca. 110 Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Mit diesem Konzept ist die Fortexistenz eines privaten Sektors verbunden. Zu bestimmten Zwecken (z.B. für den Außenhandel bzw. die Rohstoffversorgung oder zur Förderung der regionalen Entwicklung) sind neue öffentliche Unternehmen (Eigengesellschaften der öffentlichen Hand) aufzubauen.

Massenmobilisierung und politische Bildung

Ein solches sozialistisches Konzept ist nur realisierbar, wenn es von einem breiten Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen getragen und zum Gegenstand einer intensiven Diskussion gemacht wird. Nur die kontinuierliche politische Bildung von Aktivisten, Betroffenen und der breiten Masse kann die Grundlage für den stabilen Willen und für die Machtbasis zu einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung legen. Alle Konflikte und Auseinandersetzungen müssen als Lernprozesse begriffen werden, die die Analyse der bestehenden Verhältnisse und die Perspektive ihrer notwendigen umfassenden Veränderung betonen können. Und diese Veränderung ist dringend erforderlich, wenn menschliches Leben und Überleben für die Zukunft gesichert werden soll.

Literaturhinweise

- 1) Prokla (Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik), Heft 36 (9. Jahrgang 1979 Nr.3): Krise des Marxismus?, Berlin 1979
- 2) Andre Gorz: Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M 1980
- 3) Perspektiven des demokratischen Sozialismus (pds)/Arbeitshefte, Sonderheft 1984: Abschied vom Sozialismus?, Berlin/Bonn 1984

- 4) Ingomar Hauchler: Defensive als Prinzip, in: Sozialismus Nr. 11/84, Hamburg 1984
- 5) Peter Glotz: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984
- 6) Peter von Oertzen: Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984
- 7) Michael Wendi: SPD: Wendet der Tanker?, in: Perspektiven des demokratischen Sozialismus/Arbeitshefte, Sonderheft 1984
- 8) Wolfgang Amlung u.a.: Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programmatischen Impuls. Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten, Marburg 1984
- 9) Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten, in: Sozialistische Tribüne, Sonderausgabe 2, Bonn 1981
- 10) Jungsozialisten in der SPD: Wege aus der Krise. Für eine alternative Wirtschaftsentwicklung, Bonn 1984 (Bundeskongreß, Antrag B 7)
- 11) Bundesvorstand der Jungsozialisten: Die grüne Herausforderung, Bonn 1983. Die Grünen: Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 15./16. Januar 1983, Bonn 1983
- 12) Bundesvorstand der Jungsozialisten: Zur Erinnerung an den Demokratischen Sozialismus – notwendige Anmerkungen zum Papier der Ehrenberg-Kommission, Bonn 1984. Arbeit für Alle – die Zukunft gestalten. sozialdemokratische Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart, SPD-Parteivorstand, Bonn 1983

„Die Jungsozialisten brauchen einen neuen programmatischen Impuls. 15 Jahre, nachdem erstmals auf einem Juso-Bundeskongreß eine linke, sozialistische Mehrheit zustande kam, und 13 Jahre nach der programmatischen Festschreibung der Juso-Strategie, hat sich die gesellschaftliche Ausgangssituation für linke Politik verändert, sind neue Themen aufzuarbeiten, neue Lösungskonzepte zu erarbeiten. Eine neue Programmdiskussion muß Denk-sperren überwinden – und muß die Jungsozialisten als Jugend- und Richtungsverband, als einen Kern des linken SPD-Flügels neu profilieren.“
(Aus dem Vorwort)



Erste Diskussionsergebnisse dokumentiert der zum Kongreß 'Sozialistische Perspektiven' erschienene Band „Für einen neuen programmatischen Impuls“. Erhältlich gegen DM 7,- (Vorkasse DM 6,-) beim **SP-Verlag**, Ernst-Giller-Str. 20, 3550 Marburg

INHALT

Herta Däubler-Gmelin:
Ausgrenzung in die
Neue Armut 3

SP-KONGRESS

Der Anfang ist gemacht 4

THEMA

Caritas und göttliche
Mittel: Christdemo-
kratische Ideologie und
Praxis 7

Ottmar Schreiner:
Perspektiven der
Sozialpolitik 10
Kahlschlag: Bilanz der Wende
in der Sozialpolitik 12

INTERNATIONALES

Solidarity with the
Coal Miners 14

INTERN 16

AKTIONSBEISPIEL

Fahrradfahrn
statt Abgaswahn 17

BLICKPUNKT

Ausländerfrauen und
Mädchen: Entwurzelte Bäume
auf Beton 21
Berufsbildungsprobleme
italienischer Jugendlicher 23

THEORIE

Edgar Einemann:
SPD - Moderner Kapitalismus
oder Sozialismus? 24

MAGAZIN 29

KULTUR

Zwischen Bücherregal
und Badewanne 31
Platten 32

FORUM

Arno Mersmann:
Genossenschaftliche
Selbsthilfe: Kein
Thema für Sozialisten? 33

Impressum

SOZIALISTISCHE PRAXIS
Heft 42, Jan./Feb. 1985, DM 3,50
Verlag: N. Schüren, SP-Verlag, Ernst-
Giller-Str. 20, 3550 Marburg
Gestaltung: Dieter Selzer
Satz: Marbuch-Verlag, Marburg
Druck: Neue Pfälzer Post, Neustadt
Auflage: 4500
Die Sozialistische Praxis erscheint
zweimonatlich. Jahresabonnement DM
20,- z.Z. gültige Anzeigenpreisliste: 2/84
ISSN 0176-0947

An dieser Stelle diesmal einige Briefe zum Kongreß „Sozialistische Perspektiven“, die uns nach demselben erreichten. Die Kritik, die hier formuliert wird, ist sicher berechtigt und deckt sich mit dem, was auf dem Kongreß zu hören war.

Wenig Diskussion...

Da aus dem UB Darmstadt 'ne ganze Menge auf dem Kongreß waren, haben wir auch diskutiert und wollen Euch unsere Vorstellungen über weitere SP-Seminare insgesamt mitteilen: tendenziell würden wir kleinere Seminare großen Kongressen vorziehen. Selbst in den Arbeitsgruppen ist in Frankfurt wenig diskutiert worden. Die Teilnehmer konnten also schwerpunktmäßig nur aufnehmen, aber nur wenig selbst entwickeln. Inhaltlich möchte ich die im UB geschilderten Interessen mal so zusammenfassen: Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie; neue Technologien im Bezug auf Wirtschaftssysteme (und dann hat noch einer gefragt, wie, wenn überhaupt, das mit der Vergesellschaftung aussehen soll). Alles klar?

Viele und knallrote Grüße
Michael Siebel, Darmstadt

Vergessen...

Ich habe an Eurem Frankfurter Kongreß teilgenommen und fand ihn in großen Teilen sehr gut. Für Peter Glotz könnt Ihr aber in der Tat nichts, seine Beiträge kann ich Euch nicht anlasten und will es auch nicht. Bei Eurem AG-Vorschlägen für zukünftige Arbeitsgruppen habt Ihr meiner Meinung nach zwei wichtige vergessen. Zum einen: Hochschulpolitik. Ich meine, wir sollten gerade den Bereich Hochschulpolitik uns speziell „Offene Hochschule“, „Alternative Wissenschaft“, ... auch unter den Gesichtspunkten einer Perspektive für die nächsten Jahre diskutieren. Daneben: Ich vermiss eine AG zu ökologischen/technologischen Themen. Bestimmt genauso wichtig wie die AG Ökonomie/Technik.

Mit tiefroten Grüßen
Rolf Jansen, Essen

Ein Problem...

Ein paar Worte zum Kongreß „Sozialistische Perspektiven“. Ich finde es gut, daß sich endlich mal undogmatische Jusos zur Diskussion über „Sozialistische Perspektiven“ getroffen haben. Allerdings hatte der Kongreß ein Problem. Sowohl die Podiumsveranstaltungen als auch die Arbeitsgruppen waren zu sehr davon geprägt, daß prominente Referenten mit ihren Beiträgen die Diskussionen bestritten haben. Ich meine es wäre wichtig, Seminare so zu planen, daß mehr Jusos und Jugendliche zu Wort kommen, die an der Basis arbeiten und diskutieren. Was heißen „Sozialistische Perspektiven“ für die Tagesarbeit?
Was heißt es für die Arbeit von Jusos an der Uni, die gegen Selektionsprüfungen, Stellenstreichungen und HRG kämpfen? Wie können Jusos gemeinsam mit arbeitslosen Jugendlichen für Freizeitzentren, Lehrstellen und Übernahme kämpfen?

Wie kann die SPD offener für Initiativen von „unten“, von Arbeitsloseninitiativen, Frauengruppen, Stadtteilgruppen und Mieterinitiativen werden?

Wie kann der bevölkerungsfeindlichen Politik der Regierung Kohl durch eine Mehrheit links von der CDU ein Ende gesetzt werden?

Ich galube, solch ganz praktische Fragen und Diskussionen, die sich mit der Tagesarbeit von Jusos auseinandersetzen, helfen, einen Weg hin zu „Sozialistischen Perspektiven“ zu beschreiten.

Mit solidarischen Grüßen
Brigitte Klein, Heidelberg

Konstruktive Warnung...

Also, so geht es wirklich nicht! Wer das Kulturprogramm zusammengestellt und zu verantworten hat, der dürfte zumindest die Seiten 130/131 im schwarz-gelben Kongreß-Buch nicht gelesen haben - oder?

Wenn einem über mehrere Tage schwer arbeitenden Kongreß eine Lockerungsübung verschafft werden soll (oder nicht?), dann muß doch vorher geklärt worden sein, was das Bedürfnis der Teilnehmer dieses Kongresses sein könnte, und zwar ohne Selbstbetrug. Im Falle von Frankfurt wäre wohl all das angebracht gewesen, wobei man/frau sich hätte austoben oder auslachen können; also entweder gute (tanzbare) Rockmusik oder polit-witziges zum Auf-die-Schenkel-klopfen (das befreit, reinigt nebenbei die Atemgänge und macht einen wieder fit für den nächsten Tag). Uns schien, im Nachhinein, wenn wir die nächtliche Begeisterung richtig interpretiert haben, das Bedürfnis ganz auf „herzhaft lachen“ ausgerichtet zu sein.

Geht man aber davon aus, daß sich das Bedürfnis der Kongreß-Teilnehmer mehr in Richtung anspruchsvoller Sachen bewegt (mit Geschichte und Witz z.B.), dann wäre in diesem Fall Rolf Linnemann mit seinem vollen Programm genau die richtige Bedürfnis-Befriedigung gewesen. Aber er allein (!) und nicht noch ein paar völlig anders „geartete Künstler“ wäre dann angebracht gewesen.

Daß die Heinrich-Heine-Songgruppe mit ihren anspruchsvollen und hervorragend vorgetragenen Liedern nun überhaupt nicht in dieses buntgemixte Programm paßte, hat die Gruppe an dem Abend selbst deutlich gemacht. Das muß an dieser Stelle sicherlich nicht noch einmal erläutert werden.

Könnte es dem Veranstalter einleuchten, daß man (vermutlich: Mann) auf diese Weise freundlich gesonnene „Künstler“ vergraulen und verschleißen kann und daß es einer Bestrafung aller Beteiligten gleichkommt, wenn man einem Publikum, das schwer gearbeitet und ein Recht auf locker-fröhliche Unterhaltung hat, in nächstlicher Stunde zu konzentrierter Aufmerksamkeit verdonnert?

Wir hatten für den Kongreß extra zwei Szenen vorbereitet, die sich mit der Situation der Jusos und ihrem Verhältnis zur Mutter SPD befassen. Sie waren von uns als satirisch-konstruktiver Beitrag zum Thema dieses Kongresses geplant.

Als wir bei dem „liederlichen Abend“ um 22.45 Uhr endlich an der Reihe waren, konnten wir diese (zeit- und technisch aufwendigen) Szenen natürlich vergessen.

Außerdem wäre es auch ein Stück Experiment gewesen und wir müten so etwas zu so später Stunde unserem Publikum nicht mit aller Gewalt zu. Dann packen wir lieber umsonst gemachte Arbeit wieder ein.

Liebe SP, falls das Vorgenannte dennoch keinen Denkprozeß auslösen sollte, bleibt uns nur noch der sarkastische Tip: Kauft Euch weiterhin teure Kultur ein, setzt sie Eurem Publikum vor; auch wenn's in gelb-schwarzen Programmen gelegentlich anders formuliert sein sollte. Das erspart Euch und uns zumindest viel Ärger, Energien und ganz sicher auch solche Briefe!!!

Trotz alledem
Die Klo-Leute
(WC-Cabaret, Remscheid)



Erspart uns solche Briefe lieber nicht, wenn' geboten erscheint wie hier. Die Adresse: SP-Verlag, Ernst-Giller-Str.20, 3550 Marburg



Wir sind wieder wer, besonders die Frauen! Die Anzahl bundesdeutscher Märchenstunden scheint zumindest mit zunehmender Erwerbslosigkeit zu steigen. Und damit es nicht ganz so düster aussieht, verweist man uns regierungsamtlich auf ehrenamtliches soziales Engagement, Mut zur Armut, könnte die Parole übersetzt heißen. Die Staatskassen scheinen eben doch nicht so recht geflick-t, wie manche Bösewichte unlängst vermuteten. Die CDU hat das kommen sehen. Bereits im Oktober 1981 versicherten die Sozialausschüsse: „Die neue Zeit muß im Gewand der Mütterlichkeit kommen ... Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie sind keine Nebentätigkeiten. Sie holen die Arbeit unter das Dach der Familie zurück ... In Selbsthilfegruppen und Vereinen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen können die Menschen familiäre Werte entfalten, um soziale Aufgaben und Umweltschutz, Bildung, Kultur und Feste selbst anzupacken und zu gestalten. So können bereits verstaatlichte Sozialbeziehungen zurückgeholt werden in die Solidarität der kleinen Gemeinschaft. ... Solidarität der Generationen macht einen Teil der staatlichen Hilfe überflüssig.“ Da haben wir es: Anscheinend wußten wir nicht, was mit der Freizeit anzufangen sei und wir werden gerufen, unsere Spiele selbst in die Hand zu nehmen, nur woher das Brot kommt, ist nicht auszumachen - einer von den kleinen Unterschieden zum alten Rom. Mütterlichkeit derart zu verklären, wie es die Regierung tut, meint nichts anderes, als eine gesellschaftliche Benachteiligung, nämlich Nichtbezahlung von Arbeit zur sozialen Tugend zu verallgemeinern. Angesichts des allgemeinen Jubels um die Eigenarbeit müssen wir lernen, indiskrete Fragen zu stellen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im August auf einer Anhörung damit begonnen: „Den Männern die Arbeitsplätze; den Frauen das Ehrenamt. Wie arbeiten wir morgen?“

Vera Konieczka